Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1535. Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 239. Dienstag, 13. Oktober 1925, abends. 78. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 20 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Gewährter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Nichttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.

Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Fortschritte?

Die Pythia von Locarno, die mit der Abfassung der amtlichen für die Presse bestimmten Orakelsprüche beauftragt ist, weiß wiederum von Fortschritten zu berichten, die in der Erörterung über die Beteiligung Deutschlands am Völkerbunde angeblich erzielt worden sind. Diese Fortschritte sollen sich in Richtung einer befriedigenden Lösung bewegen. Da auch die deutsche Delegation sich etwas weniger pessimistisch als in den vergangenen Tagen geäußert hat, so darf man wohl annehmen, daß diese Fortschritte nicht nur unsere Gegner befriedigen, d. h., daß sie auch inhaltlich ein Abweichen der Gegenseite von dem bisher starr festgehaltenen Standpunkt hinsichtlich des Paragraphen 16 und 17 bedeutet. Im gleichen Augenblick, in welchem diese Fortschritte in der Völkerbundsfrage erörtert werden, haben die Besprechungen mit Tschechen und Polen begonnen. Damit ist die Konferenz, ohne im Westen die bestehenden Schwierigkeiten beseitigt zu haben, bereits in den Bannkreis des noch viel verwickelteren Ostproblems eingetreten.

Herr Benesch soll auch hier bereits wieder ein Rezept zur Hand haben. Er schüttelt ja derartige Patentlösungen gewerbsmäßig aus seinen diplomatischen Aermeln. Es verblüfft allerdings einigermaßen, daß sich Herr Benesch unter den Ostverträgen eine in der Form und in der Sache den westlichen Abmachungen parallellaufende Aktion vorstellt. Abgesehen davon, daß die Verhältnisse im Osten gänzlich anders liegen als die Dinge im Westen, ist es gerade vom tschechischen Standpunkt aus nicht recht begreiflich, daß Polen und die Tschechoslowakei in ein und dasselbe Paktverhältnis im Rahmen eines einzigen Vertrages zu Deutschland treten wollen. Sind doch Polen gegenüber außerordentlich viel mehr und viel gefährlichere Reibungsflächen vorhanden. Es wird also in Locarno kaum zu einem Eingehen auf die Vorschläge des Herrn Benesch kommen, was diesen Diplomaten allerdings nach den vielen Niederlagen auf dem gleichen Gebiete wohl nicht allzu sehr schmerzen wird.

Polen befindet sich ebenso wie die Tschechoslowakei und Frankreich auf der Konferenz von Locarno in einer gewissen Zwangslage. Auch Polen befindet sich finanziell in schweren Nöten. Die gegenwärtige Krise soll durch Aufnahme einer großen Auslandsanleihe behoben werden. Minister Grabski hat zugeben müssen, daß der Erfolg dieser Anleihe sehr eng mit dem Ergebnis der Locarno-Konferenz zusammenhängt. Lastet doch nach Grabskis Worten der Unglaube des ausländischen Kapitals bezüglich der Dauerhaftigkeit der polnischen Verhältnisse außerordentlich schwer auf dem Lande. Ein Blick auf die Karte und die allereinfachsten Kenntnisse über die Nationalitätenzusammensetzung Polens müssen allerdings in Bezug auf die Kreditwürdigkeit dieses Staates außerordentlich aufklärend wirken. Auch Polen gegenüber befindet sich Deutschland in der angenehmen Lage, daß seine Zugeständnisse für den Vertragsgegner sehr wertvoll sind und daß der Vertragsgegner daher ein etwaiges Entgegenkommen auch entsprechend bezahlen muß. Wenn Polen aus der Schweiz mit einigermaßen günstigen Abmachungen zurückkommt, wird es bedeutend schneller und sicherlich unter günstigeren Bedingungen die Anleihen erhalten, die es braucht. Hoffentlich werden auch hier „Fortschritte" erzielt, die der Schaffung wirklich ertragbarer Verhältnisse in Europa dienen.

Der neue Völkerbundsvorsitzende und das Minderheitenrecht.

Kürzlich hat der französische Ministerpräsident Painlevé in Genf darauf hingewiesen, daß der zum **Vorsitzenden der Völkerbundsversammlung gewählte Kanadier Dandurand** aus einem Lande stamme, in welchem die Minderheitenfrage aufs glücklichste gelöst sei. Tatsächlich kann man die Lage der französischen Bevölkerung in Kanada vom Standpunkte des Minderheitenrechtes aus als ideal bezeichnen. Kanada hat acht Millionen Einwohner, ein Viertel davon, etwa zwei Millionen, sind eingewanderte Franzosen, die vorwiegend in der Provinz Quebec leben. Hier bilden sie eine Mehrheit von 80 v. H. der Bevölkerung. In der Nachbarprovinz Ontario sind strichweise verteilt etwa 20 v. H. der Bevölkerung französischer Abstammung. In den übrigen Provinzen befinden sich einige kleine französische Sprachinseln. Die Verteilung der Franzosen in dem englischen Staat Kanada ähnelt sonach der Verteilung der Deutschen in der Tschechoslowakei. Trotz dieses Unterschiedes genießen die Franzosen in Kanada vollständige, bis in die kleinsten örtlichen Körperschaften durchgeführte Selbstverwaltung. In Fragen, die das ganze Staatsgebiet angehen, bei den Regierungsbehörden, im Parlament, bei allen staatlichen Unternehmungen herrscht volle Gleichberechtigung der französischen und englischen Sprache, in allen volkstümlichen, kirchlichen, Schul- und örtlichen Verwaltungsangelegenheiten der französischen Minderheit enthält sich die Staatsregierung jedes Eingriffs, jeder Bevormundung, jedes Ratschlages. Die staatlichen Behörden in Quebec sind ausschließlich mit französischen Beamten besetzt. Schulsperrungen durch staatliche Organe sind ebenso unmöglich wie Besitzenteignung. Die Provinz Quebec hat ein gesetzliches Recht, aus ihren umfangreichen Ländereien an kinderreiche Familien, auch an neue Einwanderer Boden abzugeben und macht davon nur zugunsten der französischen Bevölkerung Gebrauch. Wie wäre es, wenn der hohe Völkerbund die gleiche Praxis auch allen Minderheiten in Europa gegenüber zur Durchführung bringen würde und vielleicht einmal mit Elsaß-Lothringen den Anfang machen würde?

Noch keine endgültige Lösung der Völkerbundsfrage.

Die letzten Schwierigkeiten.

Berlin. Von unterrichteter Seite erfahren wir, daß man in den Kreisen der deutschen Delegationen in Locarno **für diese Woche kaum eine Beendigung der Sicherheitskonferenz voraussieht.** Die noch vorhandenen Gegensätze, die zurzeit den Gegenstand lebhafter Beratungen der beteiligten Regierungen bilden, sollen erst am Mittwoch wieder zwischen den Staatsmännern zur Erörterung gelangen, so daß man immerhin noch mit einer weiteren einwöchigen Dauer der Verhandlungen zu rechnen haben wird. Die Schwierigkeiten hinsichtlich des Artikels 16 und der östlichen Schiedsverträge sollen übrigens noch nicht endgültig beseitigt sein. Die Verhandlungen hierüber gehen weiter, ebenso wie hinsichtlich der Ostfragen noch starke Spannungen zwischen Deutschland und Polen bestehen. In den Kreisen des Berliner Auswärtigen Amtes glaubt man daher feststellen zu müssen, daß alle Meldungen über eine bereits erfolgte Einigung zum mindesten den Tatsachen vorauseilen.

* Berlin. **Ueber die gestrige Zusammenkunft der Hauptdelegierten in Locarno wird der Telegraphen-Union gemeldet: Wie in dem vereinbarten Kommuniqué der Delegationen mitgeteilt wird, ist nach einem erneuten ausführlichen Gedankenaustausch über die in Zusammenhang zwischen Völkerbund und Sicherheitspakt stehenden Fragen auf Grund deutscherseits gestellter Ersuchen um ergänzende Klarstellungen und deren Beantwortung festgestellt worden, daß auf dem Wege zu einer Lösung dieser Probleme ein Fortschritt erzielt sei.** Wenn der heutige Havaskommentar von **einer Beendigung der Aussprache über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund spricht, sowie von einer definitiven Zustimmung der deutschen Delegation zum Artikel 16, so muß demgegenüber auf den oben wiedergegebenen Wortlaut des vereinbarten Kommuniqués verwiesen und festgestellt werden, daß demgemäß eine endgültige Lösung der Völkerbundsfrage noch nicht erzielt ist. Ebenso sind die in der Havasmeldung sowie anderen Organen wiedergegebenen Gerüchte über eine angeblich vierundzwanzigstündige Bedenkzeit, die in dieser Frage von der deutschen Delegation erbeten sei, nicht richtig. Zur Erwirkung einer solchen Frist bestand keinerlei Veranlassung, wie es überhaupt der formlosen Gestaltung der Aussprachen in Locarno entspricht, daß Bedingungen und Fristen weder gestellt noch entgegengenommen werden.**

Havas über die Verhandlungen am Montag.

* Paris. Der Havassonderberichterstatter meldet aus Locarno:

Nachdem die Konferenz am Montag früh vorbehaltlich der Zustimmung Deutschlands grundsätzlich die **Frage des Eintritts in den Völkerbund geregelt habe,** brauche jetzt nur noch eine Verständigung über die Bestimmungen des Paktes herbeigeführt zu werden, die von dem militärischen Einmarschrecht Frankreichs für den Fall einer Verletzung der östlichen Schiedsgerichtsverträge handelt. Die Frage der Garantierung der Ostverträge werde in dem Pakt behandelt. Es komme darauf an, daß diese Frage noch vor der Ausarbeitung des deutsch-polnischen und des deutsch-tschechischen Schiedsgerichtsvertrages geregelt werde. In diesem Zusammenhang hätten die Verhandlungen zwischen den Ministern Frankreichs, Englands und Deutschlands am Montag nachmittag besondere Bedeutung und würden mindestens in 48 Stunden fortgesetzt.

Entgegen der am Montag früh verbreiteten Ansicht würden die **Außenminister Polens und der Tschechoslowakei noch nicht zu den Verhandlungen zwischen Deutschland und den alliierten Ministern herangezogen** werden. Man wolle damit warten, bis die Frage der Garantierung der östlichen Schiedsgerichtsverträge, wie sie in dem Rheinpakt zum Ausdruck komme, der weder Polen noch die Tschechoslowakei angehe, grundsätzlich zwischen den deutschen und den alliierten Delegierten geregelt sei. Die Diskussion konzentriere sich auf einen einzigen Vertragsentwurf, den jede der Parteien durch Amendements zu ergänzen suche. Der Standpunkt Frankreichs hinsichtlich der Garantierung der Ostverträge sei folgender: Frankreich wünsche sich die Hände frei zu lassen für den Fall eines flagranten deutschen Angriffes gegen Polen oder die Tschechoslowakei und möchte in diesem Falle das Recht haben, den beiden Ländern automatisch zu Hilfe zu kommen. (!) Für den Fall einer Verletzung der Schiedsgerichtsträge, bei der das Schuldverhältnis nicht offenkundig wäre, aber nur für diesen Fall, werde sich Frankreich damit einverstanden erklären, daß seine Garantie erst nach Urteilsfällung durch den Völkerbund in Kraft trete.

Kein vorzeitiger Abbruch der Konferenz.

* Berlin. Der Sonderberichterstatter der Telegraphen-Union meldet aus Locarno:

Ueber den Schluß der Locarno-Konferenz sind in den letzten Tagen widersprechende Berichte verbreitet worden. U. a. wurde behauptet, daß Briand und Chamberlain durch dringende Geschäfte in ihrer Heimat veranlaßt seien, Locarno bereits am Freitag oder Sonnabend zu verlassen, und daß daher die Verhandlungen zu diesem Termin beendet sein müßten. **Wie ausdrücklich versichert wird, besteht auf allen Seiten gleichmäßig der Wunsch, die Verhandlungen in Locarno, wenn möglich, zu einem glücklichen Resultat zu führen,** oder, falls dies nicht möglich sein sollte, erst dann abzubrechen, wenn alle Verständigungsmöglichkeiten erschöpft sein sollten. Diese Stellungnahme wird nicht nur von der deutschen Delegation, sondern ebenso auch von den Außenministern der alliierten Staaten vertreten. Ein fester Termin für die Beendigung der Konferenz läßt sich noch nicht nennen, wenn auch andererseits die Hoffnung besteht, bald zu einem Abschluß zu gelangen, denn naturgemäß sehnen sich alle an der Konferenz beteiligten Personen nach den überaus anstrengenden Locarnoer Tagen nach Hause.

Das Ineinandergreifen der Probleme.

* Berlin. Der Sonderberichterstatter der Telegraphen-Union berichtet aus Locarno:

Der Wechsel des Verhandlungsstoffes in den Beratungen der Außenminister hat vielfach die Anschauung wach gerufen, daß bei dem Uebergang von dem einen Beratungsstoff zu dem anderen der erstere bereits eine definitive Lösung gefunden hätte. Diese Auffassung ist jedenfalls nur sehr bedingt. Man kann sich tagelang um die Lösung derselben Frage bemühen, die ihrerseits durch die ständige Erörterung nicht vorwärts gebracht wird. Die Inangriffnahme neuer Probleme gibt aber oft für die erste gefahrliche Streitfrage einige Gesichtspunkte, die befriedigend wirken können. Auf der anderen Seite dürfte man aber, wie z. B. gestern, aus dem Uebergang von der Erörterung des Artikels 16 zu den Fragen der Ostverträge nicht den Schluß ziehen, daß die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund ohne jede Beziehung zu der Frage der Ostverträge und der Garantieforderung Frankreichs stünde. Man dreht sich also immer noch im Kreise herum, ohne aus ihm einen endgültigen Ausweg gefunden zu haben. Aber trotz der außerordentlich ermüdenden Arbeiten der letzten Tage und dem augenblicklich nur geringen Erfolg wird die Hoffnung auf einen Erfolg noch nicht aufgegeben.

Eine gemeinsame Unterredung.

* Paris. Aus London kommt die Meldung, daß **Luther und Stresemann** gestern nachmittag von 4 bis 6.30 Uhr **mit Chamberlain und Briand konferierten.** Bei Ausgang der Sitzung hatte Briand eine Unterredung mit Luther.

Staatssekretär Kempner zur Berichterstattung in Berlin.

* Berlin. **Zur Unterrichtung des Reichspräsidenten und des Reichskabinetts über den gegenwärtigen Stand der Gesamtbesprechungen in Locarno ist der Staatssekretär in der Reichskanzlei, Dr. Kempner, gestern abend von Locarno nach Berlin abgereist.**

Reuter zur Konferenz in Locarno.

London. (Funkspruch.) Eine Reutermeldung aus Locarno von gestern abend besagt, zweifellos hängt viel von dem Ergebnis der heutigen Besprechungen zwischen Stresemann und Skrzynski ab. Obgleich gestern gute Fortschritte hinsichtlich eines für Deutschland annehmbaren **Uebereinkommens in der Frage des Artikels 16** der Völkerbundssatzung gemacht worden sind, **darf nicht angenommen werden, daß dieses Problem schon vollständig gelöst ist.** Trotz alledem **herrscht eine sehr optimistische Stimmung** und ein hervorragendes Mitglied der italienischen Abordnung **meinte, daß die Konferenz bis Sonnabend beendet sein werde.**

Mussolini geht nicht nach Locarno.

London. (Funkspruch.) Wie die Times aus London berichtet, wird die Nachricht, daß sich Mussolini entschlossen habe, nach Locarno zu gehen, um den letzten Stadien der Konferenz persönlich beizuwohnen, vom italienischen Ministerium des Aeußern nicht bestätigt.

Die deutsch-polnischen Handelvertragsverhandlungen.

)(Berlin. Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen, die am 16. v. Mts. wieder aufgenommen worden waren, mußten bekanntlich am 22. September wieder ausgesetzt werden, bis die von Polen geplanten neuen Einfuhrverbote und Zollerhöhungen der deutschen Delegation mitgeteilt und von dieser geprüft sein würden.

Inzwischen hat die polnische Delegation dem Auswärtigen Amt am 5. Oktober einen Teil des Materials, und zwar das weniger wichtige, überreicht und das übrige für ein bis zwei Wochen später in Aussicht gestellt.

Da nach Vorlage des gesamten Materials auch noch einige Zeit für die Prüfung und Durcharbeitung erforderlich sein wird, werden voraussichtlich noch einige Wochen bis zur Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen vergehen.

Die Meldung der Polnischen Telegraphenagentur vom 9. d. Mts., wonach die Verhandlungen wieder aufgenommen seien, entspricht also nicht den Tatsachen.

Rücktritt Oefers?

Berlin. In den politischen Kreisen verlautet, daß der Gesundheitszustand des **Generaldirektors der Reichsbahngesellschaft, Rudolf Oefers,** sich in der letzten Zeit so verschlechtert hat, daß voraussichtlich mit seinem **Rücktritt gerechnet werden müsse.**

SLUB Wir führen Wissen.